



Das stillgelegte Kali-Bergwerk kann in Betrieb genommen werden – doch direkt loslegen will K+S nicht.

ARCHIVFOTO: CHRIS GOSSMANN

K+S darf in Giesen wieder Kalisalz abbauen

Bergamt des Landes erteilt Genehmigung unter Auflagen – doch zweiter Kaliberg und Salzwasser-Einleitung sind erlaubt

Von Tarek Abu Ajamieh

Giesen/Hannover. Der Düngemittel-Konzern Kali + Salz (K+S) darf das 1987 stillgelegte Kali-Bergwerk bei Giesen wieder in Betrieb nehmen. Das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) hat dazu gestern die Genehmigung erteilt. Am späten Nachmittag übergab LBEG-Präsident Andreas Sikorski in Hannover den Planfeststellungsbeschluss an Vertreter des Kasseler Unternehmens. Das Projekt war in den vergangenen Jahren im Landkreis Hildesheim sehr kontrovers diskutiert worden.

„Damit ist der Weg frei für den Bau der Anlagen und die Schaffung von Arbeitsplätzen“, sagte Sikorski. Das sei „natürlich verbunden mit klaren Auflagen für den Schutz von Mensch und Umwelt“. Rund 500 Arbeitsplätze und Investitionen von gut einer halben Milliarde Euro hat K+S für Giesen angekündigt. Die Rohstoff-Vorräte reichten für mindestens 40 Jahre Produktion.

Rund sieben Jahre lang hat es damit vom Antrag des Unternehmens

bis zur Genehmigung des Neustarts gedauert. K+S hat nun fünf Jahre Zeit, mit dem Bau der geplanten neuen Fabrikanlagen zu beginnen.

Der Konzern begrüßte die Genehmigung. Sie bestätige, „dass die Nutzung heimischer Rohstoffe im Einklang mit den hohen deutschen Umweltstandards vereinbar ist“, sagte Alexa Hergenröther, Geschäftsführerin der Konzerntochter K+S Kali GmbH.

Sofort loslegen will K+S aber offenbar nicht. „Wir beabsichtigen, das Projekt umzusetzen, wenn die Wirtschaftlichkeit gewährleistet ist“, erklärte der Konzern gestern. „Eine maßgebliche Voraussetzung“ sei auch die Entwicklung des Weltmarktes für Kaliprodukte. Allerdings hat K+S schon jetzt mehr als 30 Millionen Euro in die Vorbereitung des Neustarts investiert.

1010 Seiten lang ist der sogenannte Planfeststellungsbeschluss, mit dem die Behörde die Genehmigung erteilt. Allein die Auflagen zum Schutz von Umwelt und Anwohnern füllen dabei 124 Seiten. Die Genehmigung ermöglicht es

”

Es gibt dort nachgewiesene Reserven an Sylvinit und Hartsalz von mehr als 100 Millionen Tonnen.

Alexa Hergenröther
K+S Kali GmbH

K+S wie von dem Unternehmen beantragt, über die nächsten Jahrzehnte einen zweiten Kaliberg aufzuschichten – auf einer bis zu 70 Hektar großen Ackerfläche westlich von Giesen. Dieser Berg soll flacher und breiter werden als der bereits bestehende Kaliberg und im laufenden Betrieb begrünt werden.

Auch bekommt K+S eine Genehmigung zur Einleitung von Salzwasser in die Innerste. Das LBEG betont allerdings, mit Beginn der Produktion werde weniger eingeleitet als heute erlaubt, da die Flüssigkeit zum Teil in der Fabrik eingesetzt werde.

Mit diesem Argument hatte Niedersachsens Umweltminister Olaf Lies unter anderem begründet, warum er im Herbst den Landkreis entgegen der Position der Kreistags-Mehrheit zu einem Ja zur sogenannten wasserrechtlichen Erlaubnis angewiesen hatte. Dieser Schritt war die letzte Hürde vor der nun erteilten Genehmigung. Gegen diese sind allerdings Klagen möglich.

Kali-Verkehr soll durch die Ortsdurchfahrt rollen

Millionen-Zahlung für Beeinträchtigung des Landschaftsbildes verlangt



Blick über den Kaliberg nach Ahrbergen: Die Straßen durch die Feldmark sind laut LBEG nicht für den Kali-Verkehr geeignet. FOTO: CHRIS GOSSMANN

Von Tarek Abu Ajamieh

Giesen. Sollte das Giesener Kaliwerk wieder in Betrieb gehen, soll der Lieferverkehr vom und zum Schacht vor allem durch die Giesener Ortsdurchfahrt rollen. Das ist das Ergebnis einer Prüfung von vier Varianten, die die Landesbehörde für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) geprüft hat.

In der Genehmigung geht das LBEG von 200 Autos und 100 Lastwagen zusätzlich pro Tag aus. Wie aus dem gestern veröffentlichten sogenannten Planfeststellungsbeschluss, der Genehmigung der Wiederinbetriebnahme, hervorgeht, verursacht die Ortsdurchfahrts-Va-



Ein guter Tag für die Region!

Bernd Westphal
SPD-Bundestagsabgeordneter aus Giesen

riante zwar „die höchste Zusatzbelastung für die Anwohner“. Zugleich sei sie aber „aus naturschutzfachlicher Sicht die günstigste Variante“. Außerdem werde die zusätzliche Lärmbelastung für die Giesener als „kaum wahrnehmbar“ eingeschätzt und sei deshalb „nicht erheblich für die Entscheidung“.

Das sieht bei den Umweltauswirkungen der anderen geprüften Varianten anders aus. Den Plan, eine neue Straße vom Klärwerk ins Ahrberger Gewerbegebiet zu bauen, so dass der Verkehr komplett durch Feldmark und Gewerbegebiet hindurch in Richtung Bundesstraße 6 rollen könnte, hatte die Gemeinde Giesen zwischenzeitlich selbst gestoppt – aus Kostengründen.

Die Idee, die Innerste-Brücke zwischen Giesen und Ahrbergen zu verstärken und die Gewichtsbegrenzung für Lastwagen zu streichen, um den Verkehr dann über Ahrbergen in Richtung Bundesstraße 6 zu führen, stieß beim LBEG auf wenig Gegenliebe: Weil die Straße dann ausgebaut werden müsste, käme es zu Flächenverbrauch, dem Wäldchen bei Ahrbergen müsste Totholz entnommen werden und es komme zu zusätzlichen Lärm- und Abgas-Immissionen. Das alles wür-

de zu „Konflikten“ führen, weil es sich um ein Naturschutzgebiet handle. Das spreche auch gegen die Idee, den Lastwagen-Verkehr zum Kaliwerk durch das Gewerbegebiet zu leiten und nur die Lastwagen, die vom Werk wegfahren, durch die Ortsdurchfahrt zu schicken.

Als unvermeidlich betrachtet das LBEG den heftig diskutierten zweiten Kaliberg. Weil dieser allerdings, ebenso wie die geplanten neuen Fabrikgebäude am Schacht, das Landschaftsbild zwischen Giesen und Ahrbergen beeinträchtigen, soll K+S ein „Ersatzgeld“ von 1,77 Millionen Euro an den Landkreis Hildesheim zahlen. Der soll dieses Geld für den Naturschutz einsetzen – wann und wo er das tut, ist in der Genehmigung nicht festgelegt.

In einer ersten Reaktion begrüßte der SPD-Bundestagsabgeordnete Bernd Westphal aus Giesen gestern die Genehmigung. Nun sei „ein weiterer intensiver Dialog mit den Menschen in der Region notwendig, um die Akzeptanz für das Projekt zu erhöhen“. Das Unternehmen stehe in der Verantwortung, zu investieren und damit 500 Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen „sowie die Umwelt- und Sozialverträglichkeit zu gewährleisten“.



Die K+S-Vertreter Dirk Uthoff, Geon Jochmaring und Johannes Zapp (von links) gestern mit LBEG-Chef Andreas Sikorski. FOTO: HEINKE TRAEGER